

KGW's Rundschreiben

24.11.2025
Seite 1 von 7

Deutschland, Europa und die Welt

Hören ist der erste Kontakt, den jeder Mensch zur Welt hat. Bekanntlich hat man 5 Sinne, macht aber im Laufe seines Lebens weniger Gebrauch davon. Zwangsläufig führt das dazu, dass die Sinne degenerieren. Die räumliche Orientierung lassen wir weg, weil die bereits an Google Maps (wie sagt man urdeutsch) outgesourced wurde. Der Mensch wird im Laufe des Lebens auf Senden programmiert, nicht auf Empfangen; obwohl es keiner großen Fähigkeiten bedarf, zuzuhören – wenn man interessiert ist. Die Teilnehmer in Talkshows sind lebende Beispiele dafür, wie man verlernt hat, richtig zuzuhören. Mit dem Text unseres monatlichen „Blättchens“ wollen wir Ohren öffnen, um Probleme um uns herum zu erkennen, Verständnis aufzubringen und Lösungen zu diskutieren. Das hört sich doch gut an – oder?

Das **Bundesfinanzministerium** hat mehr als 2.000 Mitarbeiter, an der Spitze Vizkanzler Lars Klingbeil (SPD). Sie stellen den Etat auf, zählen und prognostizieren Steuereinnahmen und errechnen (weil viel auf „Pump“ finanziert ist) die Zinslast. Der **Bundeshaushalt** 2026 steht und soll Ende November im Bundestag beschlossen werden. Zum besseren Verständnis hier einige Eckdaten, wie es weiter geht: Die Steuereinnahmen bis 2029 werden sich (in Relation zu den Prognosen vom Mai dieses Jahres) um ca. 33,5 Mrd. € erhöhen; obwohl Deutschland der „kranke Mann Europas“ ist. Im Bundeshaushalt bis 2029 klafft eine Lücke von ca. 170 Mrd. €. Die Ausgaben 2026 liegen bei 520,5 Mrd. € und erhöhen sich in den Folgejahren. Davon stehen dem Arbeits- und Sozialministerium 197 Mrd. € (der größte Posten) zur Verfügung und die wiederum geben 127 Mrd. € als Zuschuss an die Rentenversicherung weiter. Im Kernhaushalt müssen Löcher gestopft werden, was im politischen Sprachgebrauch „wir müssen sparen“ genannt wird. Wir sagen: Deutschland hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem. Aktuell ist der Bund mit 1.767 Mrd. € verschuldet, Tendenz steigend. Die Politik von heute sind die Schulden, die den nächsten Generationen aufgebürdet werden. Allein für Zinszahlungen sind 2026 30 Mrd. € veranschlagt, bis 2029 wird das doppelte auf dem Deckel stehen.

Vor dieser Krise stimmt **Hamburg** darüber ab, 10 Jahre früher „**klimateutral**“ zu sein, als von der EU vorgeschrieben. 53,2% derjenigen, die abgestimmt haben, waren dafür. Diese Entscheidung hat keinerlei Auswirkung auf das Klima. Bei den 303.936 Ja-Stimmen hatte wahrscheinlich das Bauchgefühl statt der Kopf Vorrang. Die Ziele sind genau so wenig zu erreichen wie die Ambitionen, die sich die Deutschen gesetzt haben, nämlich 2045 statt EU-Vorgabe 2050. Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung sagt in einer Studie, dass durch das Vorziehen um 5 Jahre Kosten von ca. 750 Mrd. € entstehen würden. Hamburg zeigt im Kleinen, was Deutschland auf der großen Bühne darbietet. Wenn man diesen Irrweg Klimaschutz beschreitet, wird das viel Geld kosten, was für Investitionen in Forschung, Bildung, Infrastruktur und anderes mehr fehlen würde. Denken wir weiter: Der Standort Deutschland würde unattraktiv, das Wachstum gehemmt und die Zahl der Abwanderungen aus Deutschland würden steigen.

Am 13.10. wurde in Stockholm bekannt gegeben, dass der **Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften** an die Ökonomen Joel Mokyr, Philippe Aghion und Peter Howitt verliehen wird. Bei ihren Forschungen geht es um innovationsgetriebenes, nachhaltiges Wirtschaftswachstum. In der modernen Wachstumsökonomie markiert das Konzept der „kreativen Zerstörung“ einen Wendepunkt: Innovationen treiben langfristiges Wachstum, indem sie ältere

Technologien und Geschäftsmodelle verdrängen – mit tiefgreifenden Folgen für Produktivität, Wettbewerb und gesellschaftliche Anpassung. Die Ausführungen belegen, warum manche Gesellschaften Innovationen schneller hervorbringen, übernehmen und verbreiten – und damit den Takt des Strukturwandels bestimmen. Es ist nicht schwer zu erkennen, welche Volkswirtschaften uns Deutsche bereits überholt haben. Autoindustrie, Batterietechnologie, Elektromobilität, Solar- und Windkraft, Monopolist für Rohstofflieferungen, um nur einige zu nennen. Wachstum ist ein Instrument zur Verbesserung menschlicher Lebensbedingungen. Bei uns in Europa wachsen Bevormundung, Instrumentalisierung und Bürokratie. Wenn die Bundespolitik nicht auf deutsche Ökonomen hört, sollten sie bei den Nobelpreisträgern Nachhilfeunterricht nehmen.

Ursula von der Leyen (nachfolgend U.v.d.L.) steht an der Spitze des riesigen Verwaltungsmolochs mit mindestens 33.000 Mitarbeitern plus Europa-Parlament und Rat mit mindestens 25.000 Beschäftigten sowie 720 Mitgliedern des Parlaments. Darunter sind bestimmt kluge Köpfe, die eine Antwort darauf geben könnten, warum es in der EU nicht „rund läuft“. Schließlich hat die EU 440 Mill. Konsumentinnen und Konsumenten mit einem Anteil von 17% am weltweiten BIP (Bruttoinlandsprodukt). Nein, U.v.d.L. forderte den ehemaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank Mario Draghi (nachfolgend M.D.) auf, sein Statement abzugeben. Der veröffentlichte am 09.09.2024 einen Bericht zur Zukunft der **Wettbewerbsfähigkeit der EU**. Er identifizierte 3 Handlungsfelder, um nachhaltiges Wachstum zu generieren (wir nennen hier nur die Oberbegriffe):

1. Innovationslücken schließen
2. Integrierter Plan für Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit
3. Stärkung der Resilienz und Abbau von Abhängigkeiten

Man kann nachlesen, dass bis heute max. 10% von dem umgesetzt wurde, was M.D. vorschlug. Hier ist die Frage berechtigt: Hat U.v.d.L. nicht zugehört, denn der Bericht von M.D. war sehr substantiiert. Es ist bekannt, dass Xi und Putin Schach spielen, Trump spielt Golf und wenn es so weitergeht, spielt die EU bald keine Rolle mehr. Einige Daten mehr, warum Europa droht, abzustürzen. Zwischen 2019 und 2023 meldete China 1,7-mal mehr Hightech-Patente an als die USA und 7,6-mal mehr als Europa. Bei der Weltorganisation für geistiges Eigentum reichte China in 2020 70.000 Patente ein. Mit der Strategie „Made in China 2025“ verfolgt China das Ziel, sich bis 2049 zur globalen Supernation Nr. 1 zu entwickeln. In den MINT-Fächern¹ gibt es in China mehr Studenten als in den USA, sodass es in diesem Jahr voraussichtlich 77.000 chinesische und 40.000 amerikanische Doktoranten geben wird. Europäische Schüler meiden MINT-Fächer. Prof. Carl Frey von der Oxford-Universität hat soeben ein bemerkenswertes Buch (noch nur in englischer Sprache) „How Progress Ends: Technology, Innovation, and the Fate of Nations“ auf den Markt gebracht. Er hat beschrieben, wie China im „Marathonlauf bestehender Technologien“ (Solar, Windtechnik, Elektrofahrzeuge, KI und anderes mehr) aufgeholt, Produktionsprozesse perfektioniert und Kosten gesenkt hat. Dezentralisierung erforscht neue Technologien, Bürokratie ist entscheidend für deren Skalierung². Nimmt Bürokratie überhand, folgt unweigerlich Stagnation. Auch wenn es veraltet ist, eine chinesische Blaupause, ergänzt mit dem Buch von Prof. Frey, wäre für politische Führungskräfte der EU sowie unsere deutsche Politikelite strategieweisend, mit Kraft zur Innovation einen Aufstieg zu erreichen.

¹ MINT = Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik

² Die Größenordnung eines Bildes verändern

Zurück nach Deutschland, wo mehr als 50% der deutschen Bevölkerung glaubt, dass die **schwarzrote Koalition** die reguläre Legislaturperiode nicht übersteht. Obwohl man aus den politischen Lägern viele Absichtserklärungen hört, hält die Wirtschaftsflaute an und die Konjunktur lässt keinen Platz für steigende Nachfragen. Die Presse heizt an. Was wurde nicht alles geschrieben während der Corona-Pandemie, in der (immer noch anhaltenden) Klimadebatte, beim Aufbau der Brandmauer zur AfD, zu Drohnen und aktuell in der „Stadtbild-Debatte“. Dazu fordert das SPD-Mitglied Adis Ahmetovic mit weiteren Sympathisanten seiner Partei als i-Tüpfelchen einen Gipfel im Kanzleramt. Statt gemeinsam das Problem zu lösen, geht man auf die Straße, um gegen die Aussage des Kanzlers vom 14. Oktober zu protestieren. Kann denn nicht jeder Deutsche folgende Kurzformel unterschreiben: Wer keinen dauerhaften Aufenthaltsstatus hat, nicht arbeiten will und nur die Vorteile des deutschen Sozialstaates in Anspruch nehmen will, die geltenden Regeln Deutschlands missachtet, hat keine Berechtigung, in Deutschland (auch nur als Gast) zu leben. Umgekehrt könnte man fragen, wie verhalten sich die Herkunftsländer der Migranten, wenn ein Deutscher - mit der Bibel in der Hand - deren Territorium betreten würde. Weitere Ausführungen zu diesem Thema sind müßig!

Nach den Zolldrohungen des amerikanischen Präsidenten Trump im April dieses Jahres floh das Kapital nach Asien und Europa. Wahrscheinlich hatte Franz Josef Strauß³ mit seinem Anspruch recht: „Geld ist scheu wie ein Reh, aber geil wie ein Bock!“ Heute zweifeln Investoren am deutschen Aufschwung. Zwar versuchte Minister Lars Klingbeil (SPD) während der kürzlichen IWF-Tagung (Internationaler Währungsfonds) internationale Geldgeber für Deutschland zu gewinnen und ihnen den Standort schmackhaft zu machen, die Arbeit des sogenannten **Entlastungskabinetts** ist allerdings bisher jedoch nicht von Erfolg gekrönt. Beim Bürokratieabbau ist man nicht weitergekommen und die wenigen Digitalisierungsprojekte, die man angestoßen hat, waren nicht das „Gelbe vom Ei“. Nicht nur in Berlin muss die Politik schnellstens vom Verwaltungs- in den Gestaltungsmodus.

Die WiWo⁴ schrieb, dass mit der steigenden Zahl der Beamten in Deutschland auch die Kosten wachsen. Heute gibt es 1,8 Mill. Beamte und Richter bei uns, 100.000 mehr als 2015. Dafür müssen Bund, Länder und Kommunen für Pensionen und Gesundheitsversorgung aufwenden:

- 2000 = 39,5 Mrd. €
- 2015 = 61,3 Mrd. €
- 2024 = 90,4 Mrd. €

KI könnte hier bestimmt den Rotstift zur Einsparung führen.

Hauptlieferanten der EU für LNG-Gas⁵ sind mit 45% die USA, gefolgt von Russland mit 20% und Katar. Ab 2028 will die EU sich vollständig von Lieferungen ex Russland lösen. Anfang dieses Monats machte der Energieminister Katars⁶ der EU eine „Ansage“. Er wiederholte seine Drohung, die Lieferung von Flüssigerdgas (LNG) an die Europäische Union einzustellen, sollten die EU-Länder ein neues Gesetz konsequent durchsetzen. Dieses Gesetz erlaubt es den Mitgliedsstaaten, Unternehmen mit Geldstrafen zu belegen, die nicht ausreichend gegen

³ Franz Josef Strauß, * 06.09.1915 in München, † 03.10.1988 in Regensburg. 1978-1988 Ministerpräsident Bayerns

⁴ Wirtschaftswoche Nr. 45 vom 31.10.2025

⁵ Liquefied Natural Gas

⁶ Sharida Al-Kaabi, seit 2018 Energieminister von Katar

Menschenrechtsverletzungen und den Klimawandel vorgehen. Die EU hat das Gesetz im Mai dieses Jahres verabschiedet und die Länder können diese Geldstrafen ab 2027 verhängen. Seit Russlands Invasion in der Ukraine 2022 ist Europa zunehmend vom LNG aus Katar abhängig geworden.

Nicht nur in Deutschland sind das Hauptproblem der öffentlichen Haushalte nicht die Ausgaben, sondern die Einnahmen (in Form von Abgaben und Steuern). Wir geben ohne weiteres zu, dass ein Land anders geführt wird als ein Industriebetrieb. Es will uns einfach nicht in den Kopf, dass man mit dem vielen Geld, das der Finanzminister zur Verfügung hat, immer noch nicht zurechtkommt. Man kann sagen, dass der Mann an der Spitze nicht die nötigen Qualifikationen hat und lediglich Kraft seines Parteibuchs Finanzminister ist. In unserer Info vom September 2025 haben wir einige **Möglichkeiten der Haushaltskonsolidierung** aufgeführt. Wir wiederholen, dass bei Subventionen eine Menge eingespart werden könnte. Mehrfach haben wir auf Einnahmen aus laufenden und möglichen Prozessen aus früheren **Cum-Cum- bzw. Cum-Ex-Geschäften** hingewiesen. Dazu schrieb das Handelsblatt am 23.10., dass im Rahmen des Cum-Ex-Komplexes erst 23 Urteile ergangen sind. Es gab keine Freisprüche, überwiegend Haftstrafen ohne Bewährung und viele Millionen zurückgezahltes Geld. Viele Milliarden könnten zurückfließen, wenn die Gerichte schneller wären. Da dem aber nicht so ist, wird Vater Staat viel Geld nicht zurückbekommen und aufgrund der Verjährung bleiben die Straftäter ungeschoren. Am 22.10. strahlte das Fernsehen einen Bericht zur **Schwarzarbeit** in Deutschland aus. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW, Köln) ermittelte, dass mehr als 3 Mill. Menschen in Deutschland schwarzarbeiten. Die Bekämpfung allerdings erreicht man nicht durch Gesetze, sondern nur durch Ursachenbekämpfung. Die Schattenwirtschaft, so sagt die Befragung, habe zwischen 2014 und 2024 rund 10% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ausgemacht. Dass der Anteil im Verhältnis zum BIP in Griechenland, Spanien und Portugal und sicherlich auch in anderen Ländern höher ist, sollte für uns nur ein schwacher Trost sein. Ein Grund für die Attraktivität von Schwarzarbeit ist die hohe Steuer- und Abgabenlast in Deutschland. Der Zoll bekämpft Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Sozialbetrug mit zurzeit ca. 9.200 Zöllnerinnen und Zöllnern und plant bis 2029 11.500 zu beschäftigen. Die Schadenssumme, die im Rahmen der straf- und bußgeldrechtlichen Ermittlungen in 2024 festgestellt wurde, betrug ca. 770 Mill. €.

Auch künftig wird im Rahmen der deutschen Entwicklungspolitik eine Menge Geld ins Ausland fließen. Hier bedarf es dringend eines Paradigmenwechsels, denn immense Summen, die ins Ausland fließen, schaffen Abhängigkeit und fördern keine Eigeninitiative. Der Rückzug der Amerikaner aus der Entwicklungshilfe ist für Deutschland sicherlich kein Vorbild. Im Einzelplan 23 des Haushaltsentwurfs 2025 ist für die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Reem Alabali Radovan (SPD) ein Etat von 2,26 Mrd. € vorgesehen.

Bekanntlich sind Steuern und Zwangsabgaben Leistungen, für die es keine Gegenleistung gibt. So reagiert der deutsche Steuerzahler allergisch, wenn es um Vorschläge zur Mehrwertsteuererhöhung geht. Die Mehreinnahmen werden nicht zur Konsolidierung, sondern zur Finanzierung neuer Ausgaben verwendet. Die Kritik an der Politik ist deshalb begründet, nicht den leichteren Weg der Steuererhöhung zu gehen, um neue Ausgaben zu finanzieren, statt die Ausgaben zu reduzieren.

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Betrachtet man den Edelstahl-Rostfrei-Markt, kommt man (umgangssprachlich) zu dem Resultat: „Tote Hose“. Geringer Bedarf, Preise, die für den Anbieter kaum auskömmlich sind. So geht das seit ca. 2 Jahren und wird sich in den nächsten Wochen, vielleicht sogar Monaten, kaum verändern. Rohstoffe wie Chrom, Nickel und Molybdän treten preislich auf der Stelle. Als Auswirkung stellen sich die Legierungszuschläge wenig verändert dar. Viele Anbieter offerieren nicht zum üblichen Grundpreis plus Legierungszuschlag, sondern zum effektiven Festpreis. Namentlich Indonesien hält sich mit Nickel-Lieferungen von nicht zurück, sodass der Bestand an der LME, London laufend wächst. Die nachstehenden Tabellen sprechen es deutlich aus.

Hier bietet sich die Gelegenheit, kurz über die Geschichte von nichtrostendem Stahl (NiRoSta) zu schreiben. „Edel“ bezieht sich auf Eigenschaften wie Reinheit, Säurebeständigkeit, Zugfestigkeit und anderes mehr und nicht zwangsläufig auf die Rostträgheit. Es gibt ca. 120 unterschiedliche Legierungen.

In den 1910er Jahren forschten Physiker, unabhängig voneinander, in unterschiedlichen Ländern an rostfreiem Edelstahl. Clemens Pasel wurde am 17.10.1912 als Erfinder eines „nichtrostenden Stahls auf Basis einer Nickel-Chrom-Legierung“ eingetragen. **NIROSTA** ist seit dieser Zeit eine Marke. Der wirkliche Vater und Erfinder des Edelstahls ist der Krupp-Forschungsdirektor Prof. Dr. phil. Benno Strauß (geb. 30.01.1873 in Fürth). Er glaubte, als Jude vor den Nazis nichts zu befürchten, als er 1916 zum evangelischen Glauben übertrat. Sein Mitarbeiter Eduard Maurer denunzierte ihn als Jude. 1933 wurde ihm die Professur entzogen und sein Vermögen eingezogen. Obwohl es verboten war, verabschiedete Krupp ihn mit einer großen Feier. Bis 1944 lebte Benno Strauß in Essen. Mit dem letzten Transport sollte er in das Lager Theresienstadt verschickt werden. Bei einem Zwischenstopp in Vorwohle (bei Holzminden) verstarb er im Kuhstall eines dortigen Arbeitslagers. Später wurde sein Leichnam in seine Heimatstadt Essen überführt. Auf 2 Tafeln (natürlich aus Edelstahl) befindet sich sein Konterfei und der Satz: „Ohne meine Erfindung sähe die Welt heute anders aus.“

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1.1370	20.730	20.610	101.256	1.839
03.01.2023	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
02.01.2024	1.1039	16.600	16.800	64.158	1.515
02.01.2025	1.0376	15.010	15.295	162.474	1.455
03.02.2025	1.0370	14.900	15.115	172.500	1.452
03.03.2025	1.0402	15.600	15.770	195.162	1.490
01.04.2025	1.0787	15.850	16.060	199.020	1.470
02.05.2025	1.1290	15.325	15.525	200.418	1.351
02.06.2025	1.1432	15.145	15.355	200.310	1.327
01.07.2025	1.1745	14.965	15.170	203.886	1.267
01.08.2025	1.1446	14.600	14.830	209.082	1.280
01.09.2025	1.1686	15.265	15.475	209.844	1.303
01.10.2025	1.1748	14.965	15.175	231.504	1.275
03.11.2025	1.1534	14.970	15.180	252.750	1.300
21.11.2025	1.1523	14.280	14.475	253.950	1.239

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2024		2024		2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	04/24	973	12/24	1.039	1.069	1.077	1.067	1.049	1.017	969	980	975	987	978	987	1.003
4301	02/24	1.951	06/24	2.313	2.115	2.118	2.101	2.092	1.984	1.900	1.870	1.834	1.884	1.884	1.915	1.935
4404	01/24	3.161	07/24	3.810	3.504	3.522	3.484	3.453	3.262	3.123	3.126	3.091	3.201	3.272	3.280	3.285
4509	02/24	1.243	12/24	1.313	1.342	1.350	1.340	1.321	1.290	1.236	1.238	1.233	1.245	1.235	1.244	1.261
4521	03/24	2.048	07/24	2.220	2.216	2.238	2.210	2.168	2.084	1.988	2.031	2.027	2.092	2.144	2.125	2.127
4539	01/24	5.595	07/24	6.940	6.225	6.253	6.187	6.143	5.778	5.550	5.549	5.425	5.582	5.737	5.753	5.754
4571	01/24	3.200	07/24	3.860	3.548	3.566	3.525	3.493	3.299	3.161	3.162	3.124	3.236	3.307	3.315	3.321

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2024		2024		2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025
	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	04/24	1.168	12/24	1.246	1.196	1.292	1.280	1.259	1.221	1.162	1.176	1.170	1.185	1.173	1.184	1.204
4301	02/24	2.341	06/24	2.776	2.384	2.542	2.522	2.510	2.382	2.280	2.243	2.201	2.260	2.261	2.297	2.322
4310	02/24	2.212	06/24	2.603	2.252	2.401	2.382	2.370	2.252	2.154	2.122	2.068	2.095	2.095	2.127	2.151
4404	01/24	3.793	07/24	4.560	3.793	4.226	4.181	4.144	3.916	3.748	3.751	3.708	3.841	3.927	3.936	3.943

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2024		2024		2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	07/24	400	Meh- rere	450	425	420	450	430	430	410	400	400	400	390	390	
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	10/24	1.150	05/24	1.480	1.270	1.170	1.180	1.120	1.100	1.020	950	950	1.000	1.000	990	
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	Meh- rere	2.160	05/24	2.480	2.220	2.210	2.240	2.100	2.100	2.040	2.000	2.000	2.050	2.050	2.020	

*) Markenname Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team